

❖ Gegenwärtig ist das „C“ in der CDU Gegenstand heftiger Debatten. Kritische Fragen werden gestellt: Kann die Union diesen Buchstaben noch guten Gewissens und glaubwürdig in ihrem Namen verwenden? Behält sie ihn lediglich aus Traditionsbewusstsein – oder sogar nur aus kommunikativen Gründen? Wäre sie ehrlicher, wenn sie ihn streichen würde? Im Kern geht es um die Frage, ob die Union ihren aus dem „C“ abgeleiteten Ansprüchen heute noch gerecht wird.

Die Debatte entbehrt gewiss nicht jeder Grundlage. So mancher Beitrag erweist sich allerdings als nicht gerade differenziert. Umso mehr bedarf es einer klaren und differenzierten Richtigstellung der Bedeutung des „C“ für die Union.

Als erste und einzige Partei nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hat die Union das christliche Menschenbild zum Mittelpunkt ihrer Programmatik und nachweisbar auch ihres politischen Handelns gemacht. Zum Ausdruck dessen hat sie das „C“ in ihren Namen aufgenommen – als Bekenntnis zum Christentum als einer der Voraussetzungen der abendländischen Demokratie und als Verpflichtung, sich am christlichen Menschenbild zu orientieren und daran messen zu lassen.

In allen drei bisherigen Grundsatzprogrammen bekennen sich Christdemokraten zum christlichen Menschenbild als ethische Grundlage für verantwortungsvolle Politik. Dabei ist klar, dass sich



aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die Union ist für jeden offen, der die Würde, die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen anerkennt und die daraus folgenden Grundüberzeugungen unserer

Politik bejaht. Vom christlichen Menschenbild leiten sich drei Grundwerte her: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – keine rein konservativen sondern zukunftsgerichtete Werte.

Der Mensch ist von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Daraus folgt für uns, dass wir uns zu der unantastbaren Würde eines jeden Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich. Aus seiner unantastbaren Würde erwächst jedem Menschen das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit – zugleich aber auch die Verantwortung gegenüber seinem Nächsten. Jeder Mensch als Individuum trägt Verantwortung für sich selbst, und er trägt Verantwortung für die Gesellschaft.

Diese beiden Dimensionen – der Individualismus einerseits und der Kollektivismus andererseits – erzeugen ein Spannungsverhältnis zwischen Subsidiarität und Solidarität. Je nach dem politischen Standpunkt wird stärker die Subsidiarität oder die Solidarität betont. In der politischen Auseinandersetzung geht es letztendlich um die Frage, wie viel Eigenverantwortung und wie viel Freiheit unsere Gesellschaft benötigt.

Freiheit ist die Voraussetzung dafür, dass jeder Mensch sein Leben eigenverantwortlich gestalten kann. Die Chance zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung ist wiederum die Voraussetzung für Freiheit. Um dies in Einklang zu bringen, muss das gesellschaftliche Leben nach dem Prinzip der Subsidiarität geordnet sein: Aufgaben, die der Mensch allein oder im Zusammenwirken mit anderen erfüllen kann, soll er erfüllen, ohne dass der Staat tätig wird. Sache des Staates ist es lediglich, den Bürgern zu ermöglichen, so zu handeln.

Solidarität ist für christliche Demokraten ein anderes Wort für christliche Nächstenliebe. Sie bedeutet für uns, allen, auch schwächeren Menschen, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie verpflichtet uns zu solidarischem Handeln, insbesondere jenen gegenüber, die noch nicht, nicht mehr oder sogar dauerhaft nicht in der Lage sind, sich die für ein freies Leben notwendigen Grundlagen selbst zu schaffen. Jeder Mensch hat das Recht auf Solidarität, zugleich aber auch die Pflicht zur Solidarität. Jeder trägt mit seiner Leistung und seiner Arbeit dazu bei, dass die Gesellschaft für den Einzelnen eintreten und ihm helfen kann. Dass die Stärkeren einen größeren Beitrag in unserer Gesellschaft leisten als die Schwächeren, dass der Starke dem Schwachen unter die Arme greift, ist für uns Ausdruck von Gerechtigkeit.

Die Grundlage von Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde. Jeder Einzelne soll sich in der Gesellschaft entsprechend seinen persönlichen Fähigkeiten frei entfalten und die Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen können. Das setzt voraus, dass die Lebenschancen für jeden gerecht verteilt sind. In seiner Würde ist jeder Mensch vor Gott gleich, in ihren persönlichen Anlagen aber unterscheiden sich alle Menschen voneinander. Wir leugnen dies nicht und

setzen uns daher dafür ein, allen Menschen die gleichen Chancen zu eröffnen, anstatt ihnen gleiche Ergebnisse zu versprechen. Für uns heißt Gerechtigkeit Chancengleichheit.

Zwei Beispiele machen die Bedeutung des „C“ für die Politik der Union deutlich: Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Die Natur ist ihm von Gott anvertraut worden, um sie zu gestalten und sie zu bewahren, nicht aber um über sie zu verfügen. Der globale Klimawandel ist eine Bedrohung für die Schöpfung.

Für christliche Demokraten ist es eine ethische Pflicht, dieser Entwicklung, die unsere Lebenschancen wie auch die zukünftiger Generationen bedroht, gegenzusteuern. Die Schöpfung zu bewahren ist unser Anspruch, der sich aus dem „C“ heraus ableitet.

Deutschland und die Europäische Union sollen ihre führende Rolle beim Klimaschutz beibehalten und in der Welt dafür Impulse setzen. Dabei ist die Politik zum Schutze unseres Klimas mehr als nur die Reduzierung des Treibhausgases Kohlendioxid. Klimaschutzpolitik hat eine tief gehende christliche Dimension, die man sich stets bewusst machen und vor Augen halten muss, wenn sie erfolgreich sein soll.

Auch Armut trägt zur Übernutzung unserer Natur und Umwelt bei, womit das zweite Beispiel angesprochen wäre: die Solidarität mit unserem afrikanischen Nachbarkontinent. Afrika braucht uns und unsere Solidarität – und wir brauchen Afrika. Endgültigen Frieden und Sicherheit in der Welt wird es nur geben, wenn auch in Afrika Frieden herrscht. Die Voraussetzung dafür ist der Aufbau einer rechtsstaatlichen, freiheitlichen, demokratischen und sozialen Ordnung in den afrikanischen Staaten, um vor allem den Hauptproblemen, der massiven Armut und Krankheiten, Einhalt zu gebieten.

In der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist es glücklicherweise gelungen,

innerhalb weniger Wochen Milliarden von Euros verfügbar zu machen, um den völligen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Beim Dauerproblem der Armuts- und Krankheitsbekämpfung in Afrika aber hat die westliche Welt Ähnliches dagegen seit Jahrzehnten nicht geschafft. Für mich ist das Scheitern bei der Armuts- und Krankheitsbekämpfung ein Armutszeugnis. Es zeigt, dass die Solidarität mit Afrika nach wie vor Auftrag für christlich-demokratische Politik zu sein hat.

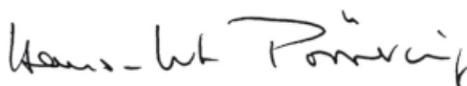
Eine Möglichkeit zur Lösung beider Probleme wäre mit der ab 2012 in Europa zu entrichtenden Abgasabgabe auf Flugzeuge vorstellbar. Alle Fluggesellschaften, die dann in der EU starten oder landen wollen, müssen Emissionsrechte erwerben. Wir wollen damit nicht den für die Weltwirtschaft wichtigen Flugverkehr bremsen, wir wollen den Kohlendioxid ausstoß reduzieren, indem wir den Fluggesellschaften einen Anreiz bieten, klimafreundliche Technologien zu verwenden. Die Einnahmen durch diese Abgabe könnten in Maßnahmen zur Armuts- und Krankheitsbekämpfung in Afrika fließen – als ein Beitrag unserer Solidarität mit den dort lebenden Menschen.

Das Beispiel der Bewahrung der Schöpfung und unsere Solidarität mit Afrika zeigen deutlich: Das „C“ ist nicht nur ein abstraktes Postulat. Es kann und es muss in konkrete Politik umgesetzt werden. Der Anspruch der christlichen Demokratie, ist es, Lösungen für diese und

andere Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts im Sinne des „C“ zu finden und für sie zu werben mit dem Ziel, eine freiere, gerechtere und solidarischere Welt zu schaffen.

Darauf müssen wir selbstbewusst verweisen, wenn das „C“ Gegenstand kontroverser Diskussion ist. Und auch dass wir das „C“ immer wieder zum Anlass nehmen, unbequeme Diskussionen zu führen und uns unserer selbst zu vergewissern. Es ist für christliche Demokraten der „Stachel im eigenen Fleisch“.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir müssen immer wieder neu den Mut haben, uns den unterschiedlichen Aufgaben und Herausforderungen in unserer Gesellschaft und in der Welt zu stellen. Wir müssen unser gemeinsames Wertefundament wie auch unsere Grundwerte betonen. Wir müssen deutlich machen, dass das „C“ für uns der Kern ist, wenn es um die Gestaltung von Politik aus christlicher Verantwortung geht. Wenn uns das gelingt, wird klar, dass das „C“ als Verpflichtung mehr denn je aktuell ist, dann bleibt seine Existenz im Parteinamen berechtigt – und notwendig. ❖



Hans-Gert Pöttering MdEP
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und Präsident des
Europäischen Parlamentes a. D.